

STANDPUNKTE VON HANS-DIETRICH GENSCHER

Wir haben aus der Sicht des Ostens wie der des Westens Grundlegendes zum Thema gehört. Wir sollten Michail Gorbatschows Worte unterstreichen, daß die Vorgänge im Osten das ganze Europa betreffen. Und Bernhard Vogel machte deutlich, daß die Begriffe Ost und West jetzt nur noch eine geographische Markierung sind, nicht mehr solche der politischen Trennung und Unterscheidung.

Ich will es noch schärfer formulieren: Wenn es in einem politischen Sinne in Europa den Osten nicht mehr gibt, dann kann es in eben diesem Sinne auch den Westen nicht mehr geben. Die Trennung des Kontinents ist überwunden und seine Gestaltung zu einer gemeinsamen Aufgabe geworden. Und es wird im Westen Europas auf Dauer nicht gut gehen, wenn es im Osten Europas auf Dauer schlecht geht. Es sind gemeinsame Herausforderungen an uns Europäer, und sie benötigen gemeinsame Antworten.

Wir stehen in Europa gleichzeitig vor einer ganzen Reihe historischer Herausforderungen. Die Mitglieder der Europäischen Union stehen vor der Herausforderung, die politische Union zu vollenden, und zwar mit der Dynamik und der Vision zu vollenden, die Sir Edward Heath hier aufgezeigt hat. Sir Edward, es ist ein Genuß, eine solche positive europäische Perspektive aus dem Munde eines früheren britischen Premierministers zu hören. Nicht alle Ihre Nachfolger, und ganz gewiß nicht die einzige Dame unter ihnen, würden das so darstellen. Die Europäische Union muß sich der Aufgabe der Vertiefung stellen, und sie muß gleichzeitig die Aufgabe der Erweiterung bewältigen. Östlich von uns müssen die Reformprozesse fortgesetzt werden. Die Individualität der verschiedenen Staaten Mittel- und Südosteuropas, aber auch der Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion, drückt sich auch in dem höchst unterschiedlichen Verlauf dieser Reformprozesse aus. Es sind keineswegs völlig parallele Prozesse, sie verlaufen vielmehr parallel den Traditionen der verschiedenen Völker, also höchst unterschiedlich.

Sir Edward hat zu Recht auf die verschiedenen Ausprägungen der demokratischen Systeme in der Europäischen Union verwiesen. Er war freundlich genug, uns Deutsche in diesem Zusammenhang nicht zu erwähnen. In seiner Darlegung darüber, wo überall in der Welt das Vereinigte Königreich den Gedanken des Föderalismus eingeführt hat, hätte er durchaus das Nachkriegsdeutschland mit erwähnen dürfen, denn die englische Besatzungsmacht hat - zusammen mit der französischen - den größten Wert darauf gelegt, daß Deutschland föderalistisch wird. Es hat damals bei uns Kurzsichtige gegeben, die dachten, dies geschähe, um uns zu schwächen. Inzwischen haben alle verstanden, daß wir auf diese Weise die modernste Staatsform für ein Land mittlerer Größe - entsprechend auch der deutschen Verfassungstradition - angenommen haben.

Gemeinsam ist allen europäischen Völkern die Aufgabe, sich den globalen Herausforderungen zu stellen. Ich möchte daran erinnern, daß es Herr Gorbatschow war, der als Präsident der Sowjetunion in einer historischen Rede vor den Vereinten Nationen auf die globalen Herausforderungen, vor denen die Welt steht, hingewiesen hat. All denen, die uns heute entgegen der historischen Forderung nach der Herstellung der Einheit Europas empfehlen wollen, unser Glück auf den alten Irrwegen des Nationalismus in Europa zu suchen, muß gesagt werden, daß wir diese globalen Herausforderungen nicht mit einer Re-Nationalisierung des Denkens und der Politik in Europa beantworten können. Das ist die zentrale, die dominante Frage für die Zukunft Europas - im Osten wie im Westen.

Ich will an dieser Stelle zugleich auch die Frage beantworten, was ich meine, wenn ich von Europa rede. Sir Edward hat mit Recht darauf hingewiesen, daß de Gaulle die Frage nicht beantwortet hat, was denn eigentlich mit jenem Teil Europas - damals noch der Sowjetunion zugehörig - geschehen soll, der jenseits des Urals liegt. Mit der Schlußakte von Helsinki und der Einbeziehung der ganzen Sowjetunion auf der einen und der Einbeziehung der beiden nordamerikanischen Demokratien USA und Kanada auf der anderen Seite, haben wir die Notwendigkeit unterstrichen, unser Schicksal in diesem großen Raum - geographisch könnten Sie sagen, von Vancouver bis Wladiwostok - gemeinsam zu gestalten. Und heute geht es darum festzustellen, was wir zur Verfügung haben, um die Einheit Europas herbeizuführen. Welche der vorhandenen Strukturen können wir in der Zukunft nutzen, welche müssen wir überwinden und welche möglicherweise erst neu erschaffen.

Ich beginne mit der Europäischen Union. Die Europäische Union hat sich in der Welt als die dynamischste Form der Zusammenarbeit souveräner Staaten in einer Gemeinschaft erwiesen. Sie ist ein Modellfall für regionale Zusammenschlüsse - und sie ist der Zusammenschluß in seiner fortgeschrit-

tensten Form. Wir haben heute andere regionale Zusammenschlüsse, nehmen Sie etwa die Staaten des Golf-Kooperationsrates, oder nehmen Sie die ASEAN-Staaten, also Thailand, die Philippinen, Indonesien, Malaysia, Brunei und Singapur. Wir haben den Zusammenschluß der mittelamerikanischen Staaten. Während wir hier sind, tagt in Berlin der Zusammenschluß der Staaten des südlichen Afrika mit der Europäischen Union. Aber die Europäische Union ist die fortgeschrittenste Form und wird es für lange Zeit auch bleiben. Sie empfängt ihre Dynamik aus der Vertiefung und der Erweiterung zugleich. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, das größere Europa zu schaffen, indem sie sich jetzt für die Staaten öffnet, die in der Vergangenheit aus politischen Gründen, als Folge des Kalten Krieges, nicht Mitglied werden konnten - wie Österreich, Finnland, Schweden. Und gleichzeitig hat die Europäische Union durch die neuen Verträgen mit den Staaten Mittel- und Südosteuropas ein Modell der Heranführung dieser Staaten an die Union geschaffen - mit der Perspektive künftiger Mitgliedschaft. Es entsteht hier ein größeres Europa, und Sir Edward hat recht, wenn er sagt, daß nur *der* Vollmitglied werden kann, der alle Voraussetzungen für diese Mitgliedschaft politisch und ökonomisch erfüllt.

Gleichzeitig ist es wichtig, daß wir mit Rußland und den anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion durch die Partnerschaftsverträge - ein solcher Vertrag ist mit Rußland unterzeichnet - die politischen und ökonomischen Beziehungen immer enger gestalten. Wenn die Verträge der Europäischen Union mit Rußland, mit der Ukraine, mit Belorußland und mit den anderen Nachfolgestaaten gleich ausgestaltet sind, dann wird das auch eine Hilfe sein für das gleichberechtigte Zusammenleben der früheren Mitgliedstaaten der Sowjetunion, die dann in gleicher Weise mit der Europäischen Union verbunden sind. Das bedeutet also, die Europäische Union kann mit ihrer Ausweitung nach Osten, nach Mittel- und Südosteuropa - aber auch mit ihrer immer engeren Kooperation mit den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion - einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung leisten.

Ich denke indessen, daß es nicht ausreicht, die klassischen Formen der Zusammenarbeit in dieser Partnerschaft zu suchen. Wenn wir nach den Gründen für den Erfolg der Europäischen Union fragen, dann dürfen wir nicht nur den gemeinsamen Binnenmarkt erwähnen, sondern auch, daß dieser gemeinsame Binnenmarkt nur funktionieren kann, weil wir in dieser Europäischen Union die modernste und fortgeschrittenste gemeinsame Infrastruktur souveräner Staaten untereinander haben - im Bereich der Telekommunikation, im Bereich des Verkehrs, im Bereich der Energieversorgung. Kohle und Stahl waren die Gründungszelle für die Europäische Einigung. Es ist meine feste Überzeugung, daß die große Zukunftsaufgabe für uns Europäer der Aufbau einer modernen gesamteuropäischen Infrastruktur ist. Wir können unseren gegenseitigen Möglichkeiten nur den höchsten effektiven Nutzen abgewinnen, wenn Rußland und die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion Teil einer großen gemeinsamen europäischen Verkehrsstruktur, eines gemeinsamen europäischen Energieverbundes und einer gemeinsamen Telekommunikationsstruktur werden.

Ich werde oft gefragt, was die großen Ziele für die Zukunft sind. Das eben genannte ist ein zentrales Ziel.

Eine zweite bewährte Instanz für die Stabilität ist das westliche Bündnis, das fortbestehen wird und das aus dem Antagonismus der alten Zeit ein System der Kooperation mit den Nachfolgestaaten des Warschauer Paktes geschaffen hat.

Das dritte, das *alle* umfaßt, ist die KSZE. Aber sie wird die Erwartungen, die sie eigentlich heute erfüllen müßte, nur erfüllen können, wenn wir sie so ernst nehmen, wie wir sie bis zur Wende in Europa ernst genommen haben. Ich bin besorgt darüber, daß ein Erfolgsmodell wie die KSZE - ein Erfolgsmodell, das es möglich gemacht hat, revolutionäre Veränderungen in Europa ohne Blutvergießen und Krieg in einem stabilen Rahmen ablaufen zu lassen - heute von vielen am liebsten in der Garage geparkt würde, obwohl wir es eigentlich modernisieren müßten, z.B. durch die Schaffung eines solchen europäischen Sicherheitsrates, der viel konkreter die Probleme Europas behandeln könnte als der Weltsicherheitsrat. Aus diesem Grunde haben die weitsichtigen Gründermütter und Gründerväter der Vereinten Nationen bereits 1945 die Möglichkeit regionaler Abmachungen vorgesehen, und die KSZE hat sich bei der Gipfelkonferenz 1992 in Helsinki als eine regionale Abmachung im Sinne der Charta der Vereinten Nationen konstituiert. Die aktive Nutzung der KSZE ist von entscheidender Bedeutung. Letztlich geht es darum, daß unser Europa heute seinen Platz in der Welt einnimmt, der ihm zukommt - gemäß seiner Geschichte, seinen kulturellen Leistungen, gemäß seinen geistes- geschichtlichen Beiträgen und seiner wirtschaftlichen Kraft. Das *ganze* Europa ist damit gemeint. Wenn wir einmal diese Frage stellen, und wenn ich das Bild von Sir Edward von den großen Kräften auf dieser Welt übernehme - ich stimme ihm zu, es kann nicht eine Weltordnung geben, die auf der Existenz *einer* Weltmacht, und zwar einer Weltmacht, die bestimmt, wo es hingehen soll, beruht, weil das Modell der Zukunft die gleichberechtigte Kooperation ist - dann werden die großen Länder, oder die großen Re-

gionen wie die Europäische Union, eine wichtige Rolle zu spielen haben, eine entscheidende - auch Rußland.

In der internationalen Diskussion beobachte ich mit Sorge die Tendenz zu einer Art Dämonisierung Rußlands. Fast erscheint es mir, daß manchem ein Mangel entstanden ist, weil das alte Feindbild Sowjetunion nicht mehr existent ist. Ich halte es für eine bewundernswerte Leistung, daß ein großes Volk wie das russische Volk ohne eine demokratische Tradition in seiner Geschichte den unblutigen Übergang zur Demokratie sucht, ihn schon weitgehend gefunden hat - und ihn nach meiner festen Überzeugung vollständig finden wird. Ich hätte mir das für Deutschland gewünscht. Es entspricht der Würde des russischen Volkes, daß wir Vertrauen investieren in seine Fähigkeit, die schweren Probleme, die es zu meistern hat, zu lösen. Deshalb bin ich sehr einverstanden mit allen, die wünschen, daß Rußland seinen wichtigen Platz als ein großes Land auch in Zukunft einnehmen wird - nicht bevormundet, sondern als Partner. Die Bundesregierung hat lange darum gerungen, daß die Sowjetunion, und später dann Rußland, bei den Weltwirtschaftsgipfeln, den Treffen der G 7, einen gleichberechtigten Platz einnehmen konnte. Michail Gorbatschow weiß, wie sehr der Bundeskanzler und ich darum bemüht waren, ihm schon bei dem Weltwirtschaftsgipfel in London 1991 einen gleichberechtigten Platz zu sichern. Ich habe es als unwürdig empfunden, daß damals der Präsident der Sowjetunion sozusagen "nach Tisch" eingeladen wurde - zum Kaffee. Auch als Gastgeber in München konnten wir für den Präsidenten Rußlands, da wir den Konsens aller brauchten, nicht mehr erreichen. Inzwischen ist ein weiterer Schritt gelungen. Für mich gehört Rußland, mit dem wir dieses *eine*, das größere Europa schaffen wollen, dazu - nicht durch Mitgliedschaft in der Europäischen Union, aber durch Kooperation.

Die zentrale Frage wird auch künftig sein, ob und wie es uns gelingen wird, nach der Überwindung des Kalten Krieges und der Teilung Europas angesichts der globalen Herausforderungen europäische Antworten auf diese zu finden - oder ob wir die alten Irrwege beschreiten. Hier, in meinem eigenen Land, das möchte ich unseren ausländischen Gästen sagen, gibt es Menschen, die behaupten, daß die europäische Einigung nur eine Antwort auf die Bedrohung durch den Kalten Krieg gewesen sei, auf die militärische Konfrontation mit der Sowjetunion, der Sowjetunion vor Gorbatschow. Solche Stimmen gibt es in den anderen europäischen Ländern auch.

Ich möchte den Jüngeren sagen: In der Tat, die Antwort auf die militärische Konfrontation war die Gründung des westlichen Bündnisses der NATO und unsere Mitgliedschaft darin. Diese Antwort war eine eindeutige - und sie war eine friedliche. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft und der Union aber war keine Antwort auf den Ost-West-Konflikt, sondern eine Antwort, die Adenauer, De Gasperi, Schuman und Spaak auf die nationalen Irrwege in der europäischen Geschichte geben wollten, auf europäische Bruderkriege, auf die zwei Weltkriege dieses Jahrhunderts. Und an der Notwendigkeit dieser europäischen Antwort - durch Einigung Europas und nicht durch Nationalismus - hat sich nichts, aber auch gar nichts durch die Überwindung des Kalten Krieges geändert. Im Gegenteil, die Chancen, diese Vision endlich für ganz Europa zu erfüllen, sind jetzt erst da - und diese müssen wir nutzen.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 18/19 1994,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>